

Germany-Duisburg: Vehicles for refuse and sewage

OJ S 50/2022 11/03/2022

Contract notice

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR

Postal address: Schifferstr. 190

Town: Duisburg

NUTS code: DEA12 Duisburg, Kreisfreie Stadt

Postal code: 47059

Country: Germany

E-mail: r.dumzlaff@wb-duisburg.de

Internet address(es):

Main address: www.wirtschaftsbetriebe-duisburg.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDBDMLS/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDBDMLS>

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Other activity: Entsorgungswirtschaft

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

2022-38 Lieferung zum Kauf von 1 Stück neuen 3-Achs Niederflur-Fahrgestell mit einem Saug-Druck Tankaufbau für die Straßenablaufreinigung und einem zul. Gesamtgewicht von ca. 26,0 t
Reference number: 2022-38 WBD

II.1.2. Main CPV code

34144500 Vehicles for refuse and sewage

II.1.3. Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Lieferung zum Kauf von 1 Stück neuen 3-Achs Straßenablauf-Reinigungsfahrzeug

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

34144410 Gully emptiers

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA12 Duisburg, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR Betriebshof Hamborn
Schlachthofstr. 8 47167 Duisburg

II.2.4. Description of the procurement

Lieferung zum Kauf von 1 Stück neuen 3-Achs Niederflur-Fahrgestell mit einem Saug-Druck Tankaufbau für die Straßenablaufreinigung und einem zul. Gesamtgewicht von ca. 26,0 t

- Zul. Gesamtgewicht ca. 26,0 t (+/- 10 %)

- Dieselmotor

- Low Entry Niederflur-Fahrerhaus

- ABS und ASR

- Achslastmesseinrichtung

- Abbiegeassistenzsystem

- Zylindrischer Saug- / Druckbehälter mit Klöpperboden und einem

Luftvolumen von ca. 7.700 Litern

- Ausschubkolben

- Wasserhochdruckanlage mit einer Fördermenge von ca. 100 l / min
(+/- 10 %) und einem Druck von ca. 140 bar (+/- 10%)

- Magnethebervorrichtung zum Anheben von Straßeneinlaufrosten inkl.
Funkfernbedienung

Die vollständigen technischen Spezifikationen und Mindestanforderungen für die Fahrzeuge ergeben sich aus dem Leistungsverzeichnis, das diese Ausschreibungsunterlagen beinhalten.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Aufbaugewicht (unbefüllt) / Weighting: 15%

Quality criterion - Name: Äußerer Wendekreis des Fahrzeugs / Weighting: 5%

Quality criterion - Name: Art der Fahrzeuglackierung / Weighting: 5%

Quality criterion - Name: Eignung für biologisch abbaubare Hydrauliköle / Weighting: 5%

Cost criterion - Name: Preisliche Aspekte / Weighting: 60%

Cost criterion - Name: Entfernung der nächsten Service-Station / Weighting: 5%

Cost criterion - Name: Garantieleistungen / Weighting: 5%

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 28/08/2023 End: 01/09/2023

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Von dem geplanten Liefertermin in der 35. KW 2023 (28.08.2023 - 01.09.2023) abweichende Lieferfristen nach schriftlichem Auftragseingang, unabhängig davon ob sie vor oder nach dem vorstehenden Planliefertermin des / der AG liegen, können angeboten werden.

Zulässige Fragen oder sonstige Anliegen des Vergabeverfahrens bzw. die Vergabeunterlagen betreffend sind im Sinne eines fairen, transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs ausschließlich über diese Vergabeplattform "Metropole Ruhr" an den / die AG zu richten.

Hierzu ist im Gegensatz zum Abruf der Vergabeunterlagen eine Registrierung des / der Interessent*in auf der E-Vergabeplattform "Metropole Ruhr" erforderlich. Auskünfte auf anderen Kommunikationswegen (z. B. telefonisch oder E-Mail) werden nicht erteilt. Sollten während der laufenden Angebotsphase auf andere Weise als der zuvor beschriebenen (z. B. per Telefon, Fax oder E-Mail) Fragen oder Auskunftersuchen an den / die AG gerichtet werden, wird der / die AG deren Beantwortung auf diesen Kommunikationswegen nicht nachkommen, sondern auf die vorstehende Verfahrensweise und die E-Vergabeplattform "Metropole Ruhr" verweisen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der / die AG, während der laufenden Angebotsphase, Fragen und sonstige Anliegen, nicht nur für den / die Fragesteller*in, sondern für alle zum Vergabeverfahren registrierten Unternehmen einsehbar beantwortet. Dabei wird das auskunftersuchende Unternehmen aus Datenschutzgründen aber selbstverständlich nicht namentlich genannt.

Auch eventuell notwendige, ergänzende Informationen oder Änderungen zum laufenden Vergabeverfahren werden von dem / der AG allen registrierten Firmen zeitgleich über die E-Vergabeplattform "Metropole Ruhr" bekannt gegeben.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Zur Wertung zugelassen werden nur Angebote von Bieter*innen /gemeinschaften aus Deutschland, anderen EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten außerhalb der EU, die zu den Vertragsparteien des "Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA)" gehören.

Die erforderliche Eignung wird u. a. davon abhängig gemacht, dass von dem / der Bieter*in /gemeinschaft die nachfolgend aufgeführte Abfrage / Erklärung in der Anlage 2 ("Checkliste") mit "Ja" beantwortet wird:

a) Erklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zur gewerberechtlichen Anmeldung gemäß Gewerbeordnung und die Eintragung in die Handwerksrolle, das Berufsregister oder das Register der Industrie- und Handelskammer. Für Bieter*innen /gemeinschaften außerhalb Deutschlands gelten vergleichbare Institutionen des jeweiligen Landes.

- siehe Anlage 1, Punkt 3.6 -

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Der / die Bieter*in /gemeinschaft hat zur Beurteilung seiner / ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zusammen mit dem Angebot, spätestens aber 6 Kalendertage nach besonderer Aufforderung durch den / die AG, die nachfolgend aufgeführten Eigenerklärungen mittels der in der Anlage 5 zur Ausschreibung - "Formblätter" - enthaltenen Vordrucke beizubringen:

a) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zum Gesamtumsatz des Unternehmens sowie dem Umsatz bzgl. der besonderen Leistungsart die Gegenstand der Vergabe ist, bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

- siehe Anlage 5, Formblatt F2 - (oder Präqualifikation oder EEE)

b) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zur Anzahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, mit gesondert

ausgewiesenem, technischen Personal, in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren

- siehe Anlage 5, Formblatt F3 - (oder Präqualifikation oder EEE)

c) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen

- siehe Anlage 5, Formblatt F4 - (oder Präqualifikation oder EEE oder schriftliche Anlagen zum Angebot mit entsprechenden Bescheinigungen der zuständigen Finanzbehörde und Sozialversicherungsträger)

d) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zum Bestehen einer

Betriebshaftpflichtversicherung mit Benennung des / der Versicherungsgeber*in und der

maximalen Deckungssumme, die min. 2.000.000,- Euro für Personen- 1.000.000,- Euro für

Sach- und min. 100.000,- Euro für Vermögensschäden betragen muss

- siehe Anlage 5, Formblatt F7 - (oder Präqualifikation oder EEE

oder schriftliche Anlagen zum Angebot mit einer Kopie der

entsprechenden Versicherungspolice bzw. Bestätigung der

Versicherung)

e) Nur auf besondere Anforderung des / der AG ist darüber hinaus

kurzfristig eine aktuelle Auskunft der Geschäftsbank des / der

Bieter*in /gemeinschaft einzureichen.

Der / die AG behält sich das Recht vor, vor der Zuschlagserteilung von dem / der potentiellen AN entsprechende Nachweise oder Bescheinigungen zu den abgegebenen Eigenerklärungen anzufordern. Kopien von den Nachweisen bzw. Bescheinigungen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben.

Die mit "(oder Präqualifikation oder EEE)" gekennzeichneten Eigenerklärungen zur Eignung können wahlweise durch das Ausfüllen der entsprechenden, in der Anlage 5 enthaltenen

Formblätter F2 - F7 oder gem. § 50 Abs. (1) VgV in Form des Standardformulars für die

"Einheitliche Europäische Eigenerklärung" oder gem. § 122 Abs. (3) GWB und § 50 Abs. (3)

Satz 1 VgV auf dem Wege der Präqualifikation über ein für den / die AG kostenfrei

zugängliches Datenbanksystem beigebracht werden. Im Fall der Präqualifikation müssen die

Präqualifikationsunterlagen die entsprechenden Daten vollständig enthalten und dürfen die

von der Präqualifikationsstelle festgelegte Gültigkeitsdauer nicht überschritten haben. Die

Präqualifikationsstelle und die im Präqualifikationsverzeichnis eingetragene Nummer müssen

in der Anlage 1 (Allgemeine Unternehmensdaten) angegeben werden. Wird das

Präqualifikationsverfahren oder die "EEE" für den Eignungsnachweis genutzt, müssen die

entsprechenden Formblätter F2 - F7 in der Anlage 5, die durch die Präqualifikationsunterlagen

oder die "EEE" ersetzt werden, nicht ausgefüllt werden.

Sofern die Netto-Auftragssumme / Netto-Angebotssumme den Wert von 30.000,- Euro erreicht, ist der / die AG nach den Bestimmungen des § 21 Abs. (4) Arbeitnehmer-Entsendegesetz verpflichtet, vor der Zuschlagserteilung, zusätzlich zu den v. g. Eignungskriterien, eine Auskunft nach § 150a Gewerbeordnung aus dem Gewerbezentralregister über den / die Bieter*in /gemeinschaft einzuholen, der / die nach Abschluss der Angebotsbewertung den Auftrag erhalten soll.

Es liegt im freien Ermessen des / der Bieter*in /gemeinschaft, ob er / sie zum Zweck der zeitlichen Optimierung des Verfahrens seinem / ihrem Angebot bereits einen aktuellen Gewerbezentralregistrauszug als Anlage beifügt. Sollte der / die Bieter*in /gemeinschaft von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, darf der eingereichte Gewerbezentralregistrauszug zum bekannt gemachten Einreichungstermin aber nicht älter als maximal 3 Monate sein, ansonsten kann der / die AG ihn nicht akzeptieren.

Ein evtl. bereits vor dem Eingang des von dem / der AG angeforderten Gewerbezentralregistrauszugs erteilter Auftrag, wird nur unter dem Vorbehalt wirksam, dass die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister keine negativen Eintragungen beinhaltet. Sollte der Auszug negative Eintragungen zu dem beauftragten Unternehmen ausweisen, stellt dieser Umstand einen Verstoß gegen die vorgegebenen Vertragsbedingungen des Vergabeverfahrens dar, so dass ein rechtswirksames Vertragsverhältnis nicht zustande kommt und ein evtl. bereits erteilter Auftrag als von Anfang an rechtsunwirksam gilt.

Bieter*innen /gemeinschaften mit Betriebsstandort oder anbietender Niederlassung in einem anderen Herkunftsland als Deutschland, haben vor der Auftragserteilung eine dem Gewerbezentralregistrauszug gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde ihres Herkunfts- / Niederlassungslandes an den / die AG zu übermitteln. Werden derartige Urkunden oder Bescheinigungen von dem Herkunfts- / Niederlassungsland des / der Bieter*in /gemeinschaft nicht ausgestellt, so können sie durch eine eidesstattliche Versicherung ersetzt werden.

Im Fall von Herkunfts- / Niederlassungsländern, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, kann die eidesstattliche Versicherung auch durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein*e Vertreter*in des betreffenden Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, eine*r Notar*in oder einer dazu bevollmächtigten Berufs- oder Handelsorganisation des Herkunfts- / Niederlassungslandes des / der Bieter*in /gemeinschaft abgibt.

Minimum level(s) of standards possibly required:

a) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zur Einhaltung der Bestimmungen des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

- siehe Anlage 5, Formblatt F11 - (oder Präqualifikation oder EEE)

Der / die AG behält sich das Recht vor, vor der Zuschlagserteilung von dem / der potentiellen AN entsprechende Nachweise oder Bescheinigungen zu den abgegebenen Eigenerklärungen anzufordern. Kopien von den Nachweisen bzw. Bescheinigungen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben.

Die mit "(oder Präqualifikation oder EEE)" gekennzeichneten Eigenerklärungen zur Eignung können wahlweise durch das Ausfüllen des entsprechenden, in der Anlage 5 enthaltenen Formblatts F11 oder gem. § 50 Abs. (1) VgV in Form des Standardformulars für die "Einheitliche Europäische Eigenerklärung" oder gem. § 122 Abs. (3) GWB und § 50 Abs. (3) Satz 1 VgV auf dem Wege der Präqualifikation über ein für den / die AG kostenfrei zugängliches Datenbanksystem beigebracht werden. Im Fall der Präqualifikation müssen die Präqualifikationsunterlagen die entsprechenden Daten vollständig enthalten und dürfen die von der Präqualifikationsstelle festgelegte Gültigkeitsdauer nicht überschritten haben. Die Präqualifikationsstelle und die im Präqualifikationsverzeichnis eingetragene Nummer müssen in der Anlage 1 (Allgemeine Unternehmensdaten) angegeben werden. Wird das

Präqualifikationsverfahren oder die "EEE" für den Eignungsnachweis genutzt, muss das entsprechenden Formblätter F11 in der Anlage 5, das durch die Präqualifikationsunterlagen oder die "EEE" ersetzt wird, nicht ausgefüllt werden.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Der / die Bieter*in /gemeinschaft hat zur Beurteilung seiner / ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zusammen mit dem Angebot, spätestens aber 5 Werktage nach besonderer Aufforderung durch den / die AG, die nachfolgend aufgeführten Eigenerklärungen mittels der in der Anlage 5 zur Ausschreibung - "Formblätter" - enthaltenen Vordrucke beizubringen:

a) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zu den wesentlichen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren erbrachten, vergleichbaren Leistungen mit Angaben zum Auftragswert, Leistungszeitraum und zum / zur Auftraggeber*in, mit Ansprechpartner*in und Telefonnummer (Referenzliste)

- siehe Anlage 5, Formblatt F1

b) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- siehe Anlage 5, Formblatt F5 - (oder Präqualifikation oder EEE)

c) Eigenerklärung des / der Bieter*in /gemeinschaft zur illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften

- siehe Anlage 5, Formblatt F6 - (oder Präqualifikation oder EEE)

d) Eigenerklärung des / der Bieter*in / BG zur Selbstreinigung gem.

§ 125 GWB

- siehe Anlage 6

e) Für den Fall, dass der / die AG von der unter Punkt 1.10 der Verfahrens- und Angebotsbedingungen vorgesehen Möglichkeit Gebrauch macht, ein Test-Fahrzeug von dem / der Bieter*in /gemeinschaft anzufordern, wird die technische Eignung auch davon abhängig gemacht, dass ein Test-Fahrzeug in der angebotenen Ausführung innerhalb des unter Punkt 1.10 festgelegten Zeitrahmens bereitgestellt bzw. bei einem Kunden des / der Bieter*in /gemeinschaft in Augenschein genommen werden kann und der durchgeführte Test ergibt, dass das Test-Fahrzeug den Vorgaben der Leistungsbeschreibung vollumfänglich entspricht.

- siehe Punkt 1.10 der Verfahrens- und Angebotsbedingungen

Der / die AG behält sich das Recht vor, vor der Zuschlagserteilung von dem / der potentiellen AN entsprechende Nachweise oder Bescheinigungen zu den abgegebenen Eigenerklärungen anzufordern. Kopien von den Nachweisen bzw. Bescheinigungen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben.

Die mit "(oder Präqualifikation oder EEE)" gekennzeichneten Eigenerklärungen zur Eignung können wahlweise durch das Ausfüllen der entsprechenden, in der Anlage 5 enthaltenen Formblätter F2 - F7 oder gem. § 50 Abs. (1) VgV in Form des Standardformulars für die "Einheitliche Europäische Eigenerklärung" oder gem. § 122 Abs. (3) GWB und § 50 Abs. (3) Satz 1 VgV auf dem Wege der Präqualifikation über ein für den / die AG kostenfrei zugängliches Datenbanksystem beigebracht werden. Im Fall der Präqualifikation müssen die Präqualifikationsunterlagen die entsprechenden Daten vollständig enthalten und dürfen die von der Präqualifikationsstelle festgelegte Gültigkeitsdauer nicht überschritten haben. Die Präqualifikationsstelle und die im Präqualifikationsverzeichnis eingetragene Nummer müssen in der Anlage 1 (Allgemeine Unternehmensdaten) angegeben werden. Wird das Präqualifikationsverfahren oder die "EEE" für den Eignungsnachweis genutzt, müssen die

entsprechenden Formblätter F2 - F7 in der Anlage 5, die durch die Präqualifikationsunterlagen oder die "EEE" ersetzt werden, nicht ausgefüllt werden.

Das Formblatt F1 (Referenzliste) hingegen ist von allen Bieter*innen /gemeinschaften zu vervielfältigen und auszufüllen. Aufgrund der spezifizierten Angabe von mindestens 3 Referenzen, die in dieser Form und Anzahl in der Regel von den Präqualifikationsunterlagen und der "EEE" nicht abgedeckt werden, ist der Ersatz von Formblatt F1 nicht zugelassen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 08/04/2022 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 27/05/2022

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 08/04/2022 Local time: 10:00

Information about authorised persons and opening procedure: Gemäß § 55 VgV sind keine Bieter zur Angebotseröffnung zugelassen

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Bekanntmachungs-ID: CXPSYDBDMLS

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf

Postal address: Zeughausstr. 2 - 10

Town: Köln

Postal code: 50667

Country: Germany

E-mail: vkrlhd@bezrg-koeln.nrw.de

Telephone: +49 2211473045/+49 2211473053

Fax: +49 2211472889

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Das Rechtsbehelfsinstrument des Nachprüfungsantrags ist insbesondere nur dann zulässig, wenn die Fristen des § 160 Abs. 3 GWB gewahrt werden. Auf die Rügepflicht des / der Antragsteller*in und die für die Einlegung von Rechtsbehelfen geltenden Fristen in § 160 Abs. 3 GWB wird hingewiesen. Insoweit gilt, dass ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit:

1) Der / Die Antragsteller*in den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem / der Auftraggeber*in nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (vgl. § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB); der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem / der Auftraggeber*in gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem / der Auftraggeber*in gerügt werden,

4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des / der Auftraggeber*in, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (vgl. § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

§ 134 Abs. 1 S. 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

07/03/2022